

STEPHANIE-MARLEEN RAACH

Herausgabeklagen in internationale Kulturgutleihgaben

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

445

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

445

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



Stephanie-Marleen Raach

Herausgabeklagen in
internationale Kulturgutleihgaben

Mohr Siebeck

Stephanie-Marleen Raach, geboren 1987; Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg; 2011 Erste juristische Staatsprüfung; 2013 Master of Law (Cambridge); Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht an der Universität Heidelberg; Rechtsreferendariat am Landgericht Heidelberg; 2016 Zweite juristische Staatsprüfung; seit 2016 Richterin im höheren Justizdienst des Landes Baden-Württemberg.

Zugleich Dissertation Heidelberg 2019.

ISBN 978-3-16-159162-4 / eISBN 978-3-16-159163-1

DOI 10.1628/978-3-16-159163-1

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurden Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung bis August 2019 und in Einzelfällen auch darüber hinaus berücksichtigt.

Mein herzlicher Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Pfeiffer. Er hat mir nicht nur die erforderliche wissenschaftliche Freiheit bei der Erstellung der Arbeit eingeräumt, sondern mich auch über viele Jahre an seinem Lehrstuhl in vorbildlicher Weise unterstützt und gefördert. Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Erik Jayme, LL.M. (Berkeley) danke ich sehr für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie für die wertvollen Anregungen.

Für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe danke ich den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer, LL.M. (Univ. of Michigan), Herrn Prof. Dr. Ralf Michaels, LL.M. (Cambridge) und Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Zimmermann.

Bei der Entstehung dieser Arbeit haben mir zahlreiche Kollegen, Mitdoktoranden und Freunde als Diskussionspartner und Ratgeber zur Seite gestanden. Besonderen Dank schulde ich Herrn Dr. Konrad Duden, LL.M. (Cambridge) für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

Von ganzem Herzen danke ich meiner Familie, insbesondere meinen Eltern, Beate Maier-Raach und Alexander Raach, meiner Schwester Katharina Raach und meinem Mann Dr. Tobias Lutz, die mich stets weit über das normale Maß hinaus unterstützt haben. Durch ihr Verständnis, ihren Rückhalt und ihre liebevolle Aufmunterung haben sie zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen – ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Heidelberg, im Januar 2020

Stephanie-Marleen Raach

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
<i>A. Einführung</i>	1
<i>B. Gründe für Herausgabeklagen im Ausland und mögliche Fallkonstellationen</i>	2
<i>C. Involvierte Interessen</i>	4
<i>D. Gegenstand der Arbeit und Gang der Untersuchung</i>	5
1. Teil: Klagen auf Herausgabe einer Kulturgutleihgabe	7
<i>A. Immunität des Beklagten</i>	7
<i>B. Internationale Zuständigkeit</i>	96
<i>C. Entgegenstehendes Freies Geleit</i>	153
2. Teil: Vollstreckung in Kulturgutleihgaben	227
<i>A. Problemaufriss</i>	227
<i>B. Freies Geleit</i>	227
<i>C. Allgemeine Vollstreckungsimmunität</i>	227
<i>D. Völkergewohnheitsrechtliche Anerkennung der Immunität von Kulturgutleihgaben</i>	238
Gesamtergebnis	269
<i>A. Abschließende Würdigung</i>	269
<i>B. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform</i>	270
Register zitierter Entscheidungen	275
Literaturverzeichnis	283
Sachregister	305

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
<i>A. Einführung</i>	1
<i>B. Gründe für Herausgabeklagen im Ausland und mögliche Fallkonstellationen</i>	2
<i>C. Involvierte Interessen</i>	4
<i>D. Gegenstand der Arbeit und Gang der Untersuchung</i>	5
1. Teil: Klagen auf Herausgabe einer Kulturgutleihegabe	7
<i>A. Immunität des Beklagten</i>	7
I. Allgemeines zur Staatenimmunität	7
1. Ansatzpunkt und Herleitung	7
a) Begriff der Gerichtsbarkeit und Abgrenzung zur internationalen Zuständigkeit	7
b) Grundlagen der Staatenimmunität	8
c) Aspekte der Immunität im Allgemeinen	9
2. Rechtsquellen	10
a) Völkerrechtliche Verträge und Übereinkommen	11
aa) Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität vom 16.05.1972	11
bb) UN-Konvention zur Staatenimmunität vom 02.12.2004	13
b) Völkergewohnheitsrecht	15
c) Immunitätsgesetze	17
aa) Vereinigte Staaten von Amerika	17
(1) Historische Entwicklung	17
(2) Das Regelungskonzept des FSIA	19
bb) State Immunity Act 1978 des Vereinigten Königreichs	20
cc) Immunitätsgesetze weiterer Staaten	21
d) Arbeiten privater und zwischenstaatlicher Institutionen	22

3. Abgrenzung absolute/relative Immunität	22
4. Trennung Erkenntnis-/Vollstreckungsverfahren	24
a) Immunität im Erkenntnisverfahren	24
aa) Völkerrechtliche Qualifikation	25
bb) Qualifikation nach der <i>lex fori</i>	26
cc) Qualifikation anhand der <i>lex causae</i>	27
dd) Zwischenergebnis	28
b) Immunität im Vollstreckungsverfahren	28
5. Prozessuale Folgen	29
a) Allgemeine prozessuale Folgen der Staatenimmunität in Deutschland	29
b) Staatenimmunität und EuGVO	29
6. Ausnahmen von der Staatenimmunität und Verzicht des Staates auf die Immunität	30
7. Act of State-Doktrin	31
II. Träger der Immunität	33
1. Souveräne, völkerrechtsunmittelbare Staaten	33
2. Rechtlich selbstständige Untergliederungen des Staates	34
a) Rechtsprechung	35
b) Kodifikationen	37
c) Literaturauffassungen und eigene Bewertung	38
3. Rechtlich selbstständige Einrichtungen des Staates	39
a) Begriff und rechtstatsächlicher Hintergrund	39
b) Kriterien der Immunitätsgewährung	42
aa) Rechtsfähigkeit	42
bb) Funktionelle Betrachtungsweise	45
cc) Weitere Kriterien	47
(1) Generell hoheitliche Tätigkeit des Unternehmens	47
(2) Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeit sowie sonstige weitere Kriterien	48
4. Ergebnis	50
III. Staatenimmunität im internationalen Leihverkehr	50
1. Vorliegen einer hoheitlichen Tätigkeit als Voraussetzung der allgemeinen Staatenimmunität und Identifikation des streitgegenständlichen Geschehens	50
a) Vorüberlegungen	50
aa) Identifikation des streitgegenständlichen Geschehens	50
bb) Maßstab und Abstraktion des Sachverhaltes	51
cc) Vorgehensweise	51
b) Hoheitliche Natur des Leihverkehrs	52
c) Hoheitliche Natur der zum Erwerb des Kulturguts führenden Ereignisse	57
d) Keine hoheitliche Natur des Eigentumsherausgabeverlangens	58
e) Eigene Bewertung	59
aa) Wertungen des deutschen Prozessrechts	59

bb) Analyse der Rechtsprechung	60
cc) Stellungnahme	62
dd) Ergebnis	63
2. Die US-amerikanische Rechtsprechung	64
a) Die <i>commercial activity exception</i> in § 1605 (a) (2) FSIA	64
b) Internationaler Austausch von Kunstwerken als <i>commercial activity</i> ..	65
c) Die <i>expropriation exception</i> in § 1605 (a) (3) FSIA	66
aa) Völkerrechtswidrige Entziehung eines Vermögensgegenstandes des Klägers	68
(1) Person des Entziehenden	68
(2) Völkerrechtswidrige Wegnahme	69
bb) Nutzung des Gegenstandes in den USA im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Betätigung	72
(1) Präsenz des Vermögensgegenstandes in den USA	72
(2) Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit in den USA	73
cc) Gegenstand im Besitz selbstständiger Einrichtungen	74
dd) Generelles Erfordernis einer Rechtswegerschöpfung im Ausland	76
ee) Foreign Cultural Exchange Jurisdictional Immunity Clarification Act	76
d) Kritik an der Rechtsprechung zum FSIA	78
e) Mögliche andere Verteidigungsmittel gegen entsprechende Klagen ..	79
aa) Act of State-Doktrin	80
(1) Voraussetzungen	81
(2) Second Hickenlooper Amendment	82
(3) Abwägungsentscheidung	83
(4) Jüngste Entwicklung und Zwischenergebnis	84
bb) <i>Forum non conveniens</i>	85
(1) Alternatives Forum	85
(2) Interessenabwägung	86
cc) Political Question-Doktrin	88
(1) Die Political Question-Doktrin in NS-Zwangsarbeiterfällen ..	89
(2) Übertragung auf Restitutionsklagen?	90
dd) Internationale Comity	92
ee) Weitere Einwände und Schlussfolgerung	93
f) Ergebnis zur US-Rechtsprechung und potentielle Auswirkungen	94
 B. <i>Internationale Zuständigkeit</i>	96
I. Allgemeines	96
1. Begriff der internationalen Zuständigkeit	96
2. Bedeutung der internationalen Zuständigkeit	97
3. Prozessuale Behandlung und Abgrenzung zur örtlichen Zuständigkeit ..	97
II. Rechtsquellen	98
1. Allgemeines	98

2. EuGVO und LugÜ	98
a) Sachlicher Anwendungsbereich	99
b) Räumlich-territorialer Anwendungsbereich	100
3. Deutsche Zivilprozessordnung	101
III. Internationale Zuständigkeit in Fällen mit Beklagtenwohnsitz in der EU . .	101
1. Allgemeiner Gerichtsstand	101
2. Besondere Gerichtsstände	102
a) Deliktsgerichtsstand (Art. 7 Nr. 2 EuGVO)	103
aa) Allgemeines	103
bb) Unerlaubte Handlung	105
(1) Vindikationsansprüche als solche	106
(2) Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	107
(a) Funktionelle Betrachtungsweise	108
(b) Systematik und Zielsetzungen der EuGVO	109
(c) Zwischenergebnis	111
(3) Erhebung von Schadensersatzansprüchen	112
cc) Ort des schädigenden Ereignisses	114
dd) Zwischenergebnis	116
b) Gerichtsstand der Streitgenossenschaft (Art. 8 Nr. 1 EuGVO)	116
c) Verfahren der Streitverkündung	120
d) Zwischenergebnis	121
3. Gerichtsstand am Lageort des Kulturguts (Art. 7 Nr. 4 EuGVO)	122
a) Reform der EuGVO	122
b) Kommissionsvorschlag eines Gerichtsstands am Lageort für bewegliche Sachen	123
c) Die Einführung des besonderen Gerichtsstands für Kulturgüter	126
d) Die Ausgestaltung des Art. 7 Nr. 4 EuGVO im Einzelnen	127
aa) Kulturgut im Sinne des Art. 1 Nr. 1 RL 93/7/EWG	127
(1) Der Begriff des Kulturguts im Allgemeinen	128
(2) Die Definition des Kulturguts in Art. 1 Nr. 1 RL 93/7/EWG	129
(a) Einstufung als nationales Kulturgut i. S. d. Art. 36 AEUV	130
(b) Der Anhang der RL 93/7/EWG und die Neufassung der Richtlinie	130
(c) Zwischenergebnis und eigene Bewertung	132
(3) Zeitliche und räumliche Grenzen der RL 93/7/EWG bzw. der RL 2014/60/EU	133
bb) Auf Eigentum gestützter zivilrechtlicher Anspruch zur Wiedererlangung	134
cc) Ort, an dem sich das Kulturgut befindet	135
(1) Festlegung des Lageorts	136
(2) Maßgeblicher Zeitpunkt	139
(3) Missbrauchsgefahr	140
e) Verhältnis des Art. 7 Nr. 4 EuGVO zu bestehenden Instrumenten	143
aa) Verhältnis zur RL 2014/60/EU	143

bb) Verhältnis zu internationalen Konventionen	143
f) Bewertung des Art. 7 Nr. 4 EuGVO	144
aa) Ausgestaltung der Norm	144
bb) Anknüpfung an den Lageort	144
cc) Praktische Bedeutung und Vergleich mit bestehenden Instrumenten	147
dd) Ausweitung auf alle bewegliche Sachen	149
g) Ergebnis	150
4. Einstweilige Maßnahmen (Art. 35 EuGVO).	150
IV. Internationale Zuständigkeit in Fällen mit Beklagten aus Drittstaaten	151
<i>C. Entgegenstehendes Freies Geleit</i>	<i>153</i>
I. Die Zusage „Freien Geleits“ in Deutschland.	154
1. Entwicklung der Idee „Freien Geleits“ und Entstehung der Regelung	154
2. Ausgestaltung der Regelung der rechtsverbindlichen Rückgabezusage	158
a) Anwendungsbereich	158
b) Erteilung der Rückgabezusage	163
c) Wirkung der Rückgabezusage	167
aa) Materiellrechtliche Wirkungen	167
bb) Prozessrechtliche Wirkungen	167
cc) Weitere Wirkungen und Zwischenergebnis	168
3. Vereinbarkeit der Regelung mit höherrangigem Recht	169
a) Verfassungsmäßigkeit der Regelung	169
b) Vereinbarkeit mit der EMRK	173
c) Kollision mit europarechtlichen und weiteren völkerrechtlichen Regeln	174
aa) Vereinbarkeit mit der RL 2014/60/EU	174
(1) Wortlaut und Zweck des § 76 KGSG	174
(2) Richtlinienkonforme Auslegung	176
(3) Richtlinienkonforme teleologische Reduktion	177
bb) Vereinbarkeit mit dem unionsrechtlichen Gerichtsstand in Art. 7 Nr. 4 EuGVO	181
cc) Vereinbarkeit mit dem UNESCO-Übereinkommen von 1970	184
dd) Die UNIDROIT-Konvention von 1995	186
ee) Weitere völkerrechtliche Rückführungspflichten	186
4. Weitere besondere Bestimmungen des KGSG für Leihgaben aus dem Ausland	187
II. Rechtsvergleich	189
1. Überblick	189
2. Ausgestaltung der Regelungen	197
a) Anwendungsbereich	197
aa) Anforderungen an das Leihobjekt	197
bb) Grund der Einfuhr	200
cc) Parteien des Leihvertrags	203

b) Erteilung	206
aa) Automatische Unterschutzstellung	206
bb) Antragserfordernis	206
cc) Vorherige Anerkennung der leihnehmenden Institution	210
c) Wirkung	212
aa) Unpfändbarkeit, Schutz im Erkenntnisverfahren und Suspendierung von Rechten	213
bb) Schutz vor strafrechtlichen Maßnahmen	217
cc) Ausnahmen vom Schutzzumfang	219
dd) Dauer des Schutzes	220
3. Bewertung der §§ 73 bis 76 KGSG	221
a) Ausgestaltung des Antragsverfahrens	221
b) Ausdehnung auf Leihgaben zu anderen Zwecken	224
c) Dauer des Schutzes	225
III. Ergebnis	225
2. Teil: Vollstreckung in Kulturgutleihgaben	227
A. <i>Problemaufriss</i>	227
B. <i>Freies Geleit</i>	227
C. <i>Allgemeine Vollstreckungsimmunität</i>	227
I. Allgemeines	227
II. Hoheitlicher Zweck der Kulturgutleihgaben	228
III. Die Rechtsprechung zur Vollstreckungsimmunität von Kulturgütern	230
1. Deutsche Rechtsprechung	230
2. Die Entscheidung des IGH im Fall Deutschland v. Italien vom 03.02.2012	232
3. Die ausländische Rechtsprechung	232
IV. Art. 21 Abs. 1 lit. e UN-Konvention über die Staatenimmunität 2004	235
V. Zwischenergebnis	237
D. <i>Völkergewohnheitsrechtliche Anerkennung der Immunität von Kulturgutleihgaben</i>	238
I. Allgemeines	238
II. Staatenpraxis	238
1. Begriff und Bedeutung	238
2. Rechtsprechung	238
3. Gesetzgebung	241
4. Exekutivmaßnahmen	242
a) „Letters of Comfort“	242
b) Schweizerische Exekutivmaßnahmen	243
c) Stellungnahmen der Exekutive in Gerichtsverfahren	244

d) Committee of Legal Advisers on Public International Law des Europarates	245
e) Sonstiges staatliches Verhalten	246
f) Zwischenergebnis	246
III. Rechtsüberzeugung	246
IV. Auswertung und Ergebnis	250
1. Allgemeinheit der Übung	251
2. Dauerhaftigkeit und künftige Entwicklung	252
3. Literaturauffassungen	253
V. Reichweite der Regel	255
1. Schwerwiegende Verletzungen zwingender Normen des Völkerrechts ..	256
2. Kulturgut ist Gegenstand einer völkerrechtlichen Rückgabeverpflichtung	261
3. Begriff des staatlichen Kulturguts	263
4. Sachimmunität von Kulturgütern	265
VI. Bedeutung der Regel	266
 Gesamtergebnis	 269
<i>A. Abschließende Würdigung</i>	<i>269</i>
<i>B. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesenform</i>	<i>270</i>
I. Eröffnung der Gerichtsbarkeit für Herausgabeklagen in Kulturgutleihgaben	270
II. Internationale Zuständigkeit für Herausgabeklagen in Kulturgutleihgaben .	271
III. Entgegenstehendes „Freies Geleit“ zum Schutz der Leihgaben	272
IV. Vollstreckung in ausländische Kulturgutleihgaben	273
 Register zitierter Entscheidungen	 275
Literaturverzeichnis	283
Sachregister	305

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
AAL	Art Antiquity and Law
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AC	Law Reports, Appeal Cases
AD	Annual Digest and Reports of Public International Law Cases
Add.	Addendum
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJIL	American Journal of International Law
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
BBl.	Bundesblatt (Schweiz)
BerGesVR	Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Beschl.	Beschluss
BG	Bezirksgericht (Österreich); Bundesgericht (Schweiz)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BlgNR	Beilage(-n) zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates (Österreich)
BLSchK	Blätter für Schuldbetreibung und Konkurs
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
Brüssel IIa- Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
BSK	Basler Kommentar
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
c.	chapter; contre
C.A. D. C.	United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit
C.C. S. M.	Continuing Consolidation of the Statutes of Manitoba
C.D. Cal.	United States District Court for the Central District of California
CA	Cour d'Appel
ca.	circa
CAHDI	Committee of Legal Advisers on Public International Law
Cap.	Capitulum
CC	Codice civile
CHK	Handkommentar zum Schweizer Privatrecht
Cir.	Circuit
Clunet	Journal du droit international
Colum. J. L. & Arts	Columbia Journal of Law & the Arts
D.C.	District of Columbia
D.C. Cir.	United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit
D. Conn.	United States District Court for the District of Connecticut
D.D. C.	United States District Court for the District of Columbia
d.h.	das heißt
D.Mass.	United States District Court for the District of Massachusetts
D.N. J.	United States District Court for the District of New Jersey
Dalloz	Recueil Dalloz
DCMS	Department for Digital, Culture, Media and Sport
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DePaul J. Art, Tech. & Intell. Prop. L	DePaul Journal of Art, Technology & Intellectual Property Law
Dept.	Department
Dir. comm. int.	Diritto del commercio internazionale
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DS	Der Sachverständige
Duke L. J.	Duke Law Journal
E.D. N.Y.	United States District Court for the Eastern District of New York
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELR	European law reporter; European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EP	Europäisches Parlament
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
Erwgrd.	Erwägungsgrund
et al.	et alii
EU	Europäische Union

EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVO a. F.	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.09.1968
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren
EuIPR	Europäisches Internationales Privatrecht
EuR	Europarecht
EuStfÜ	Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität vom 16.05.1972
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	folgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
F.R.	Federal Register
F.R. D.	Federal Rules Decisions
F.Supp.	Federal Supplement
F.Supp.2d	Federal Supplement, Second Series
FCEJICA	Foreign Cultural Exchange Jurisdictional Immunity Clarification Act
Fed.Appx.	Federal Appendix
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L. J.	Fordham International Law Journal
Fordham J. Corp. & Fin. L.	Fordham Journal of Corporate & Financial Law
FS	Festschrift
FSIA	Foreign States Immunities Act
GA	United Nations General Assembly; Generalanwalt
GEDIP	Groupe européen de droit international privé
Gen. Laws of R. I.	General Laws of Rhode Island
Geo. J. Int'l L.	Georgetown Journal of International Law
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP	Gesetzgebungsperiode (Österreich)
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz

h.M.	herrschende Meinung
H.R. Rep.	House Report, United States House of Representatives
Harv. Int'l L. J.	Harvard International Law Journal
Hdb.	Handbuch
Hk	Handkommentar
HKCFAR	Hong Kong Court of Final Appeal Reports
HL	House of Lords
Hofstra L. Rev.	Hofstra Law Review
Hous. L. Rev.	Houston Law Review
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.S. d.	im Sinne der/des
i.V. m.	in Verbindung mit
ibid	ibidem
ICJ Reports	Reports of the International Court of Justice
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICOM	International Council of Museums
IDI	Institut de Droit international
IECL	International Encyclopedia of Comparative Law
IFSA	Immunity from Seizure Act
IGH	Internationaler Gerichtshof
IGH-Statut	Statut des Internationalen Gerichtshofs
IJCP	International Journal of Cultural Property
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission
ILCYb	Yearbook of the International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILPr	International Litigation Procedure
ILR	International Law Reports
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
int.	international
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J.L. & Pol'y	Journal of Law and Policy
J. Priv. Int. Law	Journal of Private International Law
JBl.	Juristische Blätter
JT	Journal des Tribunaux
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KB	King's Bench
KG	Kammergericht
KGIG	Gesetz über die vorübergehende sachliche Immunität von Kulturgut (Kulturgut-Immunitäts-Gesetz, Liechtenstein)

KG TG	Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz, Schweiz)
KG TV	Verordnung über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransferverordnung, Schweiz)
KGÜAG	Gesetz zur Ausführung des UNESCO-Übereinkommens vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (Ausführungsgesetz zum Kulturgutübereinkommen)
KMK	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
KultGRückG	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern (Kulturgüterrückgabegesetz)
KultGSchG	Gesetz zum Schutz Deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung
KunstRSp.	Kunstrechtsspiegel
KUR	Kunst und Recht
L.Ed.; L. Ed.2d	United States Supreme Court Reports, Lawyer's Edition
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LGBl.	Landesgesetzblatt (österreichische Länder)
LGZ	Landesgericht für Zivilrechtssachen (Österreich)
LHO BW	Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg
Lib.	Liber
lit.	littera
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
LPICT	The Law and Practice of International Courts and Tribunals
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007
m.w. N.	mit weiteren Nachweisen
MALR	Media and Arts Law Review
Misc.	Miscellaneous Reports
Misc.2d	Miscellaneous Reports, Second Series
MK	Münchener Kommentar
MLA	Museums, Libraries and Archives Council
N. Y. Arts & Cult. Aff. Law	New York Arts and Cultural Affairs Law
N.D. Ill.	United States District Court for the Northern District of Illinois
N.E. 2d	North Eastern Reporter, Second Series (US)
n.F.	neue Fassung
N.Y.	New York Reports
N.Y. 2d	New York Reports, Second Series
N.Y. A. D.	New York's Appellate Division Reports
N.Y. S.	West's New York Supplement
N.Y. S. 2d	West's New York Supplement, Second Series
N.Y. Sup.	New York Supreme Court
NIPR	Niederlands internationaal privaatrecht
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
No	numéro
No.	number
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. J. Int'l L. & Bus.	Northwestern Journal of International Law & Business
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.Ä.	oder Ähnliches
OCMFA	Office of the Ministry of Foreign Affairs of China
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OMK	Offene Methode der Koordinierung
oö.	oberösterreichisch
Pub.L.	Public Law
QB	Queen's Bench
R.S. A.	Revised Statutes of Alberta
R.S. B. C.	Revised Statutes of British Columbia
R.S. O.	Revised Regulations of Ontario
R.S. Q.	Revised Statutes of Québec
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Ratsdok.	Ratsdokument
Res.	Resolution
Rev. crit.	Revue critique de droit international privé
Rev. Litig.	Review of Litigation
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. Dir. Int.	Rivista di Diritto Internazionale
Riv. dir. int. priv. proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom I-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
RPfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
s	section
S.	Satz; Seite

S.Ct.	Supreme Court of the United States
S.D. Ala.	United States District Court for the Southern District of Alabama
S.D. N. Y.	United States District Court for the Southern District of New York
Sec.	Section
SIA 1978	State Immunity Act 1978
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannte
Spstr.	Spiegelstrich
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Stat.	United States Statutes at Large
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
Subs.	Subsection
Suffolk Transnat'l L. J.	Suffolk Transnational Law Journal
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
T.A.Z.	Die Tageszeitung
Teilbd.	Teilband
Tenn. Code	Tennessee Code
Tex. Civ. Prac. & Rem. Code	Texas Civil Practice and Remedies Code
TGI	Tribunal de Grande Instance
Tit.	Titulus
Trib. civ. Seine u.	Tribunal civil de la Seine und
U. Denv. Sports & Ent. L. J.	University of Denver Sports & Entertainment Law Journal
U. Rich. L. Rev. u.a.	University of Richmond Law Review unter anderem
U.N. Doc.	United Nations Document
U.S. C.	United States Code
U.S. C. A.	United States Code Annotated
U.S. C. C. A.N.	United States Code Congressional and Administrative News
UCLA J. Int'l L. & Foreign Aff.	University of California, Los Angeles, Journal of International Law and Foreign Affairs
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
UKHL	House of Lords
UN	United Nations
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
UN-Konvention von 2004	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNESCO-Überein- kommen von 1970	Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut vom 11. November 1970

UNIDROIT-Konvention von 1995	UNIDROIT-Konvention über gestohlene oder rechtswidrig ausgeführte Kulturgüter vom 24. Juni 1995
Unif L Rev	Uniform Law Review
Urt.	Urteil
US/U. S.	United States
USA	United States of America
USIA	United States Information Agency
v.	versus; vom
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
Var.	Variante
vgl.	vergleiche
Vill. L. Rev.	Villanova Law Review
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Investitionsrecht
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung; Vorbemerkungen
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBI	Wirtschaftsrechtliche Blätter
Wiener Vertragsrechtskonvention	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23.05.1969
WL	Westlaw
WM	Wertpapiermitteilungen
Wm. Mitchell L. Rev.	William Mitchell Law Review
YbILC	Yearbook of the International Law Commission
ZERP	Zentrum für Europäische Rechtspolitik
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZK	Zürcher Kommentar
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einleitung

A. Einführung

Kunstwerke und Kulturgüter haben seit jeher eine faszinierende Anziehungskraft auf den Menschen ausgeübt. Große Kunstausstellungen entfalten geradezu einen „hypnotischen Zauber“¹ und sind „als öffentliche Spektakel nahezu unerreicht“². Viele Werke haben einen solch ungeheuer hohen Wert, dass er völlig jenseits des für Anschaffungen zur Verfügung stehenden Budgets eines Museums steht.³ Darüber hinaus sind die Werke schlicht einzigartig. Internationale Kunst- und Kulturleihgaben stellen deshalb das „Lebenselixier“ großer und lukrativer Ausstellungen dar.⁴ Sie kommen nur zustande, wenn es den Organisatoren gelingt, Kunstwerke ausfindig zu machen, und die jeweiligen Eigentümer bereit sind, ihre Werke vorübergehend aus den Händen zu geben und an andere Museen auszuleihen.⁵ Neben dem ästhetischen Wert und dem wissenschaftlichen Interesse schwingt freilich auch stets ein geschäftlich-nüchterner Aspekt mit.⁶ Einnahmen auf beiden Seiten, das Ziel staatlicher Museen, ihr Budget aufzubessern, sowie die Aussicht auf eine Wertsteigerung des Objekts beziehungsweise auf eine international größere Wertschätzung des ausleihenden Museums stellen Motive für das Zustandekommen einer Leihgabe dar.⁷

Russische Museen, darunter die Eremitage in Sankt Petersburg und das Puschkin-Museum in Moskau, hielten jüngst jedoch Werke, die in den USA gezeigt werden sollten, zurück.⁸ Hierbei handelte es sich um einige Werke Gauguins, Cézannes und Canalettos.⁹ Die großen russischen Museen leihen keine Bilder mehr in die Vereinigten Staaten aus.¹⁰ Anlass hierfür ist die US-amerika-

¹ Palmer, Art Loans, S. 2.

² Palmer, Art Loans, S. 2.

³ Palmer, Art Loans, S. 2.

⁴ Vogel/Levy, New York Times vom 02.02.2011.

⁵ Vgl. Gleave, 4 AAL (1999), 383 (383).

⁶ Palmer, Art Loans, S. 2.

⁷ Kühl, Der internationale Leihverkehr der Museen, S. 4; Kühl, in: Kulturgüter: Möglichkeiten und Perspektiven einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit, S. 123, 123.

⁸ Holm, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.04.2011; Vogel/Levy, New York Times vom 02.02.2011.

⁹ Holm, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.04.2011; Vogel/Levy, New York Times vom 02.02.2011.

¹⁰ Holm, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.04.2011.

nische Gerichtsentscheidung in der Sache *Chabad*¹¹, die das Eigentum an der in der russischen Staatsbibliothek verwahrten Schneerson-Bibliothek der chassidischen Chabad-Gemeinde Brooklyn zusprach.¹² Diese möchte das Gerichtsurteil mit allen Mitteln durchsetzen, notfalls auch mit der Beschlagnahme russischen Staatseigentums in den USA.¹³

Dabei waren russische Leihgaben in der Vergangenheit keine Seltenheit, allein das Metropolitan Museum hat seit 1990 für circa 40 Ausstellungen Werke aus russischen Museen ausgeliehen.¹⁴

B. Gründe für Herausgabeklagen im Ausland und mögliche Fallkonstellationen

Immer wieder versuchen vermeintliche Eigentümer und deren Erben auf Kunstwerke und Kulturgüter zuzugreifen, während sich diese vorübergehend im Ausland befinden.¹⁵ Grund hierfür kann zunächst der mit der Verbringung des Objekts ins Ausland verbundene Statutenwechsel¹⁶ sein.¹⁷ Für den wahren Eigentümer eröffnet sich hiermit die einmalige Gelegenheit, dass sich der Gegenstand vorübergehend in einer ihm vertrauten und gegebenenfalls wohlgesinnteren Rechtsordnung befindet.¹⁸ Möglicherweise wird eine Überprüfung des Entziehungsaktes auch überhaupt erst im Ausland möglich.¹⁹ Dies betrifft insbesondere Beutekunst²⁰ und Fälle kultureller Verstaatlichung, etwa in Russland im Anschluss an die Oktoberrevolution 1917, durch das nationalsozialistische

¹¹ *Agudas Chasidei Chabad v. Russian Federation*, 729 F. Supp.2d 141, 146 (D. D. C. 2010).

¹² *Holm*, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.04.2011; *Vogel/Levy*, New York Times vom 02.02.2011.

¹³ *Holm*, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.04.2011. Zu der vom District Court gegen Russland verhängten Sanktion von 50.000 \$ pro Tag bis zur Erfüllung des Urteils siehe *Chabad v. Russian Federation*, 915 F. Supp.2d 148 ff. (D. D. C. 2013), sowie *Levi*, 46 Geo. J. Int'l L. (2015), 915 (926).

¹⁴ *Vogel/Levy*, New York Times vom 02.02.2011.

¹⁵ Siehe beispielsweise aus Deutschland die Entscheidung im Liechtenstein-Fall LG Köln, Urt. v. 10.10.1995 – 5 O 182/92, IPRax 1996, 419; OLG Köln, Urt. v. 09.07.1996 – 22 U 215/95, VIZ 1998, 213; BGH, Beschl. v. 25.09.1997 – II ZR 213/96 (unveröffentlicht); BVerfG, Beschl. v. 28.01.1998 – 2 BvR 1981/97, IPRax 1998, 482; EGMR, Urt. v. 12.07.2001 – 42527/98, *Prinz Hans-Adam II von Liechtenstein/Deutschland*, deutsche Übersetzung in NJW 2003, 649, dazu auch unten S. 155 f.

¹⁶ Gemäß Art. 43 Abs. 1 EGBGB gilt in Deutschland der Grundsatz der *lex rei sitae*, der auch im Ausland gebräuchlich ist, siehe von *Hoffmann/Thorn*, Internationales Privatrecht, § 12 Rn. 7 f.

¹⁷ *Weller*, in: Kulturgüterschutz und politische Entwicklung in Mexiko, S. 5.

¹⁸ *Kühl*, Der internationale Leihverkehr der Museen, S. 9.

¹⁹ *Anton*, Int. Kulturgüterprivat- u. Zivilverfahrensrecht, S. 177.

²⁰ Beispielhaft seien die sog. Trophäen-Brigaden der sowjetischen Truppen genannt, die während der Besetzung Deutschlands im Jahr 1945 mit der Sammlung und dem Abtransport der deutschen Kunstschatze beauftragt wurden, siehe hierzu ausführlich *Siehr*, KUR 2009, 39 (39 ff.).

Unrechtsregime sowie in der ehemaligen DDR.²¹ Neben rechtlichen können aber auch faktische Erleichterungen wie Gerichtskosten einen wichtigen Grund für eine Klage im Ausland bilden.²² Nicht zuletzt erlangt der wahre Eigentümer möglicherweise auch erst durch die Ankündigung einer großen Ausstellung Kenntnis vom Verbleib des Kulturguts.²³ Darüber hinaus bieten Restitutionsklagen in Kulturgutleihgaben angesichts der hohen Streitwerte inzwischen auch in der Anwaltschaft die reizvolle Möglichkeit zur Erzielung lukrativer Einkommen.²⁴ Mit der Chance, die der Transfer ins Ausland somit für den wahren Eigentümer bietet, geht das Risiko für das leihgebende Museum, den Gegenstand nicht mehr zurückzuerhalten, einher.²⁵

Neben klassischen Herausgabeklagen Dritter wegen ungeklärter Eigentumsrechte sind vor allem auch einstweilige Verfügungen über die Leihgaben im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes zur Sicherung der Vollstreckung sowie Vollstreckungsmaßnahmen möglich. Letztere können nicht nur die Vollstreckung von Eigentumsrechten, sondern auch die Vollstreckung von im Gastland festgestellten oder anerkannten Schadensersatzforderungen sowie internationaler Schiedssprüche gegen den leihgebenden Staat betreffen.²⁶ Prominentestes Beispiel in Deutschland ist etwa die Entscheidung des Kammergerichts Berlin vom 05.03.2010 betreffend die Pfändung syrischer Kunstgegenstände, die in der Ausstellung „Schätze des Alten Syrien“ im Landesmuseum Württemberg als Leihgabe gezeigt wurden, zur Sicherung einer Schmerzensgeldforderung.²⁷ Aufsehen erregte daneben auch der österreichische Fall einer Beschlagnahme von drei Leihgaben aus der Staatlichen Prager Nationalgalerie im Unteren Belvedere zur Vollstreckung eines Schiedsspruchs auf Zahlung von ca. 530.000.000 € gegen die Tschechische Republik zugunsten eines liechtensteinischen Unternehmens.²⁸

²¹ Anton, Int. Kulturgüterprivat- u. Zivilverfahrensrecht, S. 177.

²² Im US-amerikanischen *Altmann*-Fall hätte die Klägerin für eine Klage in Österreich zunächst einen Gerichtskostenvorschuss in Höhe von 1,8 Millionen US-Dollar leisten sollen, der nach teilweisem Kostenerlass schließlich immer noch auf 200.000 US-Dollar beziffert wurde. Gegen diese Ermäßigung hatte die Finanzprokurator Beschwerde eingelegt. Vgl. zum Ganzen *Bazyler*, Holocaust Justice, S. 245; *Hess*, KunstRSp 2007, 39 (42 f.). Obwohl die Gemälde in Österreich belegen waren, strengte Frau Altmann ihre Klage daher in den USA an.

²³ Anton, Int. Kulturgüterprivat- u. Zivilverfahrensrecht, S. 177.

²⁴ Siehe *Hess*, in: Kunst im Markt – Kunst im Recht, S. 109, 116, der auf die Einleitung von *Fielder Redman*, 31 Fordham Int'l L. J. (2008), 781 verweist: „The hottest new investment opportunity might surprise you – art and antiquities restitution claims. [...] the payout can be phenomenal – possibly in the nine figures. Art and antiques restitution claims may be the tobacco litigation of this decade, thanks to the jurisdiction-granting provisions of the Foreign Sovereign Immunities Act“.

²⁵ Vgl. *Weller*, in: Kulturgüterschutz und politische Entwicklung in Mexiko, S. 5, 5.

²⁶ Siehe auch *Kühl*, Der internationale Leihverkehr der Museen, S. 9; *Weller*, in: Kulturgüterschutz und politische Entwicklung in Mexiko, S. 5, 5.

²⁷ KG, Beschl. v. 05.03.2010 – 18 W 2/10, IPRax 2011, 594.

²⁸ BG Innere Stadt Wien, Beschl. v. 26.06.2011 – 72 E 1855/11 z-20, KunstRSp 2011,

C. Involvierte Interessen

In jüngerer Zeit wurden Restitutionsklagen gerade in den USA immer wieder zugelassen und den Klägern damit die Chance auf eine Herausgabe eröffnet.²⁹ Diese Entwicklung in der US-amerikanischen Rechtsprechung ist für den internationalen Leihverkehr überaus bedenklich. Durch die Zulassung solcher Klagen droht die Anzahl der grenzüberschreitenden Leihen zurückzugehen.³⁰

Dabei dient der internationale Leihverkehr mit Kunst- und Kulturgütern neben dem Interesse des Publikums, Zugang zu den Werken zu erhalten, vor allem auch der Völkerverständigung und dem kulturellen Austausch zwischen den Staaten.³¹ Dieser soll durch zahlreiche internationale Abkommen erleichtert und gefördert werden,³² etwa durch das UNESCO-Übereinkommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters vom 22.11.1950³³ oder das Europäische Kulturabkommen des Europarates vom 19.12.1954³⁴ sowie durch zahlreiche weitere multi-,³⁵ aber auch bilaterale Übereinkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten.³⁶ Mit dem Wunsch nach der Bewahrung guter Beziehungen zwischen den Staaten erhält das Thema eine rechtspolitische Dimension.³⁷ In diesen Zusam-

55; LGZ Wien, Beschl. v. 25.10.2011 – 46 R 395/11w, 396/11t, KunstRSp 2011, 127; OGH, Beschl. v. 11.07.2012 – 3 Ob 18/12m, JBl. 2012, 729; siehe zu diesem Fall *Weller*, in: FS Simotta, S. 691, 691 ff.

²⁹ Siehe den Fall *Malewicz v. City of Amsterdam* 517 F. Supp.2d 322 (D. D. C. 2007) sowie die Fälle *Altman v. Republic of Austria* 541 U. S. 677, 124 S. Ct. 2240 (2004); *Cassirer v. Kingdom of Spain*, 461 F. Supp.2d 1157 (C. D. Cal. 2006), der ein Werk des spanischen Thyssen-Bornemisza Museums betraf; sowie die bereits genannte Entscheidung *Agudas Chasidei Chabad v. Russian Federation*, 466 F. Supp.2d 6, 21 ff. (D. D. C. 2006).

³⁰ *Palmer*, Art Loans, S. 4. Zum Versuch, dieser Entwicklung zwischenzeitlich entgegenzuwirken, siehe den Foreign Cultural Exchange Jurisdictional Immunity Clarification Act (FCEJICA), der allerdings weitreichende Ausnahmen statuiert, weshalb es zweifelhaft erscheint, ob das damit angestrebte Ergebnis tatsächlich erreicht wird, dazu unten S. 88 f.

³¹ *Hipp*, Schutz von Kulturgütern in Deutschland, S. 26 f.; *Weller*, in: Kulturgüterschutz und politische Entwicklung in Mexiko, S. 5, 7.

³² *Hipp*, Schutz von Kulturgütern in Deutschland, S. 27.

³³ Vgl. insbesondere die Präambel und Art. III, deutsche Übersetzung veröffentlicht in BGBl. 1957 II, S. 171 ff.

³⁴ Vgl. insbesondere Art. 4, deutsche Übersetzung veröffentlicht in BGBl. 1955 II, S. 1128 ff.

³⁵ Siehe etwa auch Art. 5 Europäisches Übereinkommen zum Schutz archäologischen Kulturguts vom 06.05.1969, Zustimmungsgesetz vom 17.10.1974, BGBl. II, S. 1285 ff., deutsche Übersetzung veröffentlicht in BGBl. 1974 II, S. 1285 ff.; Art. 15 Abs. 1 lit. a, Abs. 4 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966, Zustimmungsgesetz vom 23.11.1973, BGBl. II, S. 1569, deutsche Übersetzung veröffentlicht in BGBl. 1973 II, S. 1570 ff.

³⁶ *Hipp*, Schutz von Kulturgütern in Deutschland, S. 27, 150 f.; *Weller*, 38 Vand. J. Transnat'l L. (2005), 997 (1010).

³⁷ Entsprechend zur Staatenimmunität allgemein *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht I/1, S. 453.

menhang ist auch das Interesse des leihgebenden Staates einzuordnen, seine vorangehenden Handlungen nicht in einem fremden Staat einer gerichtlichen Überprüfung unterziehen zu müssen.

Dem Interesse der Allgemeinheit an einem freien Leihverkehr stehen die verfassungsrechtlich verankerten Rechte der Betroffenen auf Eigentum sowie der Justizgewährungsanspruch gegenüber.³⁸ Oft mag die Klage in einem fremden Staat, in dem sich die Leihgabe vorübergehend befindet, die einzige realistische Möglichkeit für den Kläger darstellen, seinen Eigentumsrechten an dem Kunstwerk in einem gerichtlichen Verfahren zur Durchsetzung zu verhelfen. Der Zivilprozess dient im Allgemeinen neben der Durchsetzung subjektiver Rechte des Einzelnen auch der Bewährung des objektiven Rechts im Gerichtsstaat.³⁹ Daneben können auch wirtschaftliche Gesichtspunkte seitens des Gerichtsstaates eine Rolle spielen.⁴⁰ Andererseits darf auch der Aspekt der Gewaltenteilung nicht außer Acht gelassen werden, wenn Gerichte mit der Entscheidung über die Zulassung einer Klage im Endeffekt Einfluss auf die grundsätzlich der Exekutive zustehende auswärtige Gewalt nehmen.⁴¹

D. Gegenstand der Arbeit und Gang der Untersuchung

In diesem Spannungsfeld soll untersucht werden, inwieweit Herausgabeklagen betreffend eine Kunst- oder Kulturgutleihgabe eines ausländischen Staates vor deutschen Gerichten zulässig sind und ob eine Vollstreckung in diese Leihgaben möglich ist.

Der erste Teil der Arbeit widmet sich daher Klagen auf Herausgabe einer internationalen Kunst- oder Kulturgutleihgabe. Dabei soll als typische Fallkonstellation eine auf das Eigentum gestützte zivilrechtliche Herausgabeklage eines Dritten vor einem deutschen Gericht zugrunde gelegt werden. Hinsichtlich einer solchen Klage gegen den ausländischen Verleiher des Kulturguts stellt sich zunächst die Frage, ob die deutsche Gerichtsbarkeit überhaupt eröffnet ist oder die Staatenimmunität des Beklagten entgegensteht (A.). Hierbei ist auch zu klären, unter welchen Voraussetzungen sich öffentliche Museen auf die Immunität des Staates berufen können. Sodann ist zu untersuchen, inwieweit deutsche Gerichte für Herausgabeklagen Dritter in entlehene Kulturgüter international zuständig sind (B.). Den Kernpunkt der Untersuchung der internationalen Zuständigkeit soll eine intensive Auseinandersetzung mit der vom Ver-

³⁸ *Weller*, in: Kulturgüterschutz und politische Entwicklung in Mexiko, S. 5, 7. Daneben wird teilweise unter Bezugnahme auf die Washington Conference on Holocaust-Era Assets Principles on Nazi-Confiscated Art versucht, ein „Recht auf Erinnerung“ bezüglich der Klagen von Erben der Holocaust-Opfer herzuleiten, siehe *Gattini*, in: FS Hafner, S. 421, 424.

³⁹ *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, Zivilprozessrecht, § 1 Rn. 16.

⁴⁰ Siehe hierzu *Heß*, Staatenimmunität bei Distanzdelikten, S. 301 f.

⁴¹ *Heß*, Staatenimmunität bei Distanzdelikten, S. 302.

ordnungsgeber neu geschaffenen Zuständigkeit nach Art. 7 Nr. 4 EuGVO für Kulturgüter am Belegenheitsort bilden.

Der Zulässigkeit einer Herausgabeklage Dritter in internationale Kulturgutleihgaben können aber auch spezielle gesetzliche Regelungen zum Schutz ausländischer Kunst- und Kulturgutleihgaben entgegenstehen. So ermöglicht die deutsche Regelung in den §§ 73 bis 76 KGSG die Zusicherung „Freien Geleits“. Diese Regelung soll umfassend untersucht und auch im Verhältnis zu höherrangigem Recht diskutiert werden (C.). Weltweit werden in immer mehr Staaten ähnliche Regelungen eingeführt. Diese sollen in einem Rechtsvergleich dargestellt und ihre einzelnen Ausgestaltungen mit der deutschen Regelung im Hinblick auf die geplante Gesetzesänderung in Deutschland verglichen und bewertet werden.

Schließlich wird in einem zweiten Teil die Möglichkeit einer Vollstreckung in Kunst- und Kulturgutleihgaben analysiert. Das Hauptaugenmerk gilt dabei der Frage, ob sich mittlerweile eine völkergewohnheitsrechtliche Regelung herausgebildet hat, nach der Kunst- und Kulturleihgaben Immunität im Vollstreckungsverfahren genießen.

Herausgabeklagen und Vollstreckungsversuche in internationale Kulturgutleihgaben werfen somit besondere Probleme im Rahmen des internationalen Zivilprozessrechts auf, die sich an der Grenze zu anderen Rechtsgebieten befinden. Damit bewegt sich diese Arbeit im Schnittbereich zwischen Völker- und Zivilprozessrecht, zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht und befasst sich in Bezug auf den Wunsch nach der Erhaltung guter Beziehungen zwischen den Staaten auch mit rechtspolitischen Gesichtspunkten der Staatenimmunität.⁴²

⁴² Vgl. zu diesen Aspekten *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht I/1, S. 453; *Hess*, in: *Kunst im Markt – Kunst im Recht*, S. 109, 109.

1. Teil

Klagen auf Herausgabe einer Kulturgutleihgabe

A. Immunität des Beklagten

Einer auf das Leihobjekt gerichteten Herausgabeklage des – zumindest vermeintlichen – Eigentümers kann zunächst die Immunität des beklagten Staates oder öffentlichen Museums entgegenstehen.

I. Allgemeines zur Staatenimmunität

1. Ansatzpunkt und Herleitung

Durch die Regeln der allgemeinen Staatenimmunität wird die Unterwerfung eines Staates unter die nationale Gerichtsbarkeit eines anderen Staates eingeschränkt.¹ Diese Freistellung ausländischer Staaten ist als Grundsatz unbestritten.² Einzelheiten, genaue Ausgestaltung und Reichweite sind hingegen weiter unklar.

a) Begriff der Gerichtsbarkeit und Abgrenzung zur internationalen Zuständigkeit

Der Begriff der Gerichtsbarkeit bezeichnet die Ausübung staatlicher Gerichtsgewalt, die *facultas iurisdictionis*, die hoheitliche Befugnis, Recht zu sprechen.³ Die Reichweite dieser Staatsgewalt ist eine völkerrechtliche Frage.⁴

Die Frage, ob die Gerichtsbarkeit gegeben ist, ist nach ganz herrschender Meinung im deutschen Internationalen Zivilprozessrecht strikt von der Voraussetzung der internationalen Zuständigkeit zu trennen,⁵ beide stellen selbstständige allgemeine Verfahrensvoraussetzungen mit unterschiedlichen Funktionen

¹ Herdegen, Völkerrecht, § 37 Rn. 1; Nagel/Gottwald, IZPR, § 2 Rn. 2; Stein/von Buttlar, Völkerrecht, Rn. 714.

² Dahm/Delbrück/Wolfrum, Völkerrecht I/1, S. 453.

³ Geimer, IZPR, Rn. 371; von Hoffmann/Thorn, Internationales Privatrecht, S. 67.

⁴ Geimer, IZPR, Rn. 371; Schack, IZVR, § 6 Rn. 155.

⁵ Diese Trennung wird im Ausland nicht unbedingt vorgenommen, so etwa in der Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts oder in Österreich, wo es zu einer „dogmatisch unschönen Vermischung“ kommt, hierzu Geimer, IZPR, Rn. 644; Schack, IZVR, § 6 Rn. 156. Die Verknüpfung der Gerichtsbarkeit mit der internationalen Zuständigkeit findet sich auch im Europäischen Übereinkommen über Staatenimmunität vom 16.05.1972.

dar.⁶ Die Gerichtsbarkeit legt fest, ob der Richter den Rechtsstreit überhaupt entscheiden „darf“ oder ob ihm dies durch das allgemeine Völkerrecht untersagt ist. Erst wenn diese Voraussetzung geklärt ist, wird die internationale Zuständigkeit der Gerichte relevant.⁷ Mit dieser legt ein Staat fest, inwieweit er von der Gerichtsbarkeit Gebrauch machen will.⁸ Die internationale Zuständigkeit betrifft somit die Frage, ob für den Rechtsstreit Rechtsschutz vor inländischen Gerichten begehrt werden kann, weil der nationale beziehungsweise der europäische Gesetzgeber in einem Fall mit Auslandsberührung den nationalen Gerichten diese Aufgabe zugewiesen hat.⁹

b) Grundlagen der Staatenimmunität

Die Staatenimmunität ist nach allgemeiner Auffassung Ausfluss des auch in Art. 2 Nr. 1 der Charta der Vereinten Nationen verankerten Gedankens der souveränen Gleichheit der Staaten.¹⁰ Die Staaten sind untereinander völkerrechtlich gleichgeordnet.¹¹ Die viel zitierte und auf Bartolus zurückgeführte Maxime „par in parem non habet imperium“¹² beansprucht allgemeine Geltung.¹³

Versteht man die Gleichheit der Staaten als ein rein formelles Prinzip, nach dem Gleiches gleich zu behandeln sei,¹⁴ kann die Gleichheit allein zur Herlei-

⁶ Grundlegend *Pagenstecher*, *RabelsZ* 11 (1937), 337 (348 ff.) sowie *Nagel/Gottwald*, *IZPR*, § 2 Rn. 32; *von Hoffmann/Thorn*, *Internationales Privatrecht*, S. 68.

⁷ *Nagel/Gottwald*, *IZPR*, § 2 Rn. 32; *Schack*, *IZVR*, § 6 Rn. 155.

⁸ *Schack*, *IZVR*, § 6 Rn. 155.

⁹ *Lange*, *Internationale Rechts- und Forderungspfändung*, S. 24; *Schack*, *IZVR*, § 6 Rn. 155; *von Hoffmann/Thorn*, *Internationales Privatrecht*, S. 68.

¹⁰ BVerfG, *Beschl.* v. 06.12.2006 – 2 BvM 9/03, *BVerfGE* 117, 141, 152; *Beschl.* v. 17.03.2014 – 2 BvR 736/13 – juris, Rn. 19; RG, *Urt.* v. 12.12.1905 – II 193/05, *RGZ* 62, 165, 167; *Urt.* v. 01.07.1921 – VII 591/20, *RGZ* 102, 304, 306; *Herdegen*, *Völkerrecht*, § 37 Rn. 1; *von Hoffmann/Thorn*, *Internationales Privatrecht*, S. 69. Aus der weiter als Grundlage der Staatenimmunität genannten Würde und der gegenseitigen Achtung fremder Staaten lässt sich das Prinzip der Gewährung der Immunität kaum mehr folgern, siehe hierzu *Appelbaum*, *Einschränkungen der Staatenimmunität in Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen*, S. 53 f.; *Damian*, *Staatenimmunität und Gerichtszwang*, S. 14; *Schaumann*, *BerGesVR* 8 (1968), 1 (19 f.).

¹¹ *Verdross/Simma*, *Universelles Völkerrecht*, § 1168.

¹² Ein Gleicher hat über einen Gleichen keine Macht. Dieser Grundsatz fand sich schon im republikanischen Rom und wurde später auf das Völkerrecht übertragen, siehe hierzu *Damian*, *Staatenimmunität und Gerichtszwang*, S. 5; *Liebs/Lehmann/Strobel*, *Lateinische Rechtsregeln und Rechtssprichwörter*, S. 168. Daneben wird der Satz auch auf das kanonische Recht und Papst Innocenz III. zurückgeführt, der feststellte, dass ein Papst nicht in die Rechte seiner Nachfolger eingreifen könne (*Corpus Iuris Canonici, Decretales Gregorii IX, Lib. I, Tit. VI [De Electione], Cap. XX*), vgl. *Malina*, *Die völkerrechtliche Immunität*, S. 42 mit Fn. 3.

¹³ Siehe etwa *Kau*, in: *Graf Vitzthum (Hrsg.)*, *Völkerrecht*, Abschnitt 3 Rn. 89; *Schack*, *IZVR*, § 6 Rn. 172; *Verdross/Simma*, *Universelles Völkerrecht*, § 1168; *von Hoffmann/Thorn*, *Internationales Privatrecht*, S. 69; gegen die Verwendung des Satzes *Albert*, *Völkerrechtliche Immunität ausländischer Staaten gegen Gerichtszwang*, S. 30 f.

¹⁴ *Albert*, *Völkerrechtliche Immunität ausländischer Staaten gegen Gerichtszwang*, S. 31; *Malina*, *Die völkerrechtliche Immunität*, S. 43.

tion der Staatenimmunität noch nicht genügen.¹⁵ Aufgrund der Gebietshoheit des Gerichtsstaates und der Exterritorialität des anderen Staates fehlt es schon an der Gleichheit der Herrschaft bezüglich des Territoriums.¹⁶ So gesehen kann man auch dem Einwand, diesem Prinzip wäre andernfalls auch schon genüge getan, wenn jeder Staat über den anderen richten könnte, seine Berechtigung nicht absprechen.¹⁷

Als entscheidende Komponente muss die Souveränität der Staaten hinzukommen.¹⁸ Gleichheit und Souveränität stehen in einem engen Zusammenhang und formen mit dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten ein Konstitutionsprinzip der gegenwärtigen Völkerrechtsordnung.¹⁹ Demnach hat jeder Staat die Souveränität der anderen Staaten ungeachtet ihrer jeweiligen Struktur zu respektieren und ihre Hoheitsgewalt und Unabhängigkeit zu achten. Kein Staat muss sich der Hoheitsgewalt eines anderen Staates unterordnen.²⁰ Der Gerichtsbarkeit eines Staates ist dort eine Grenze gezogen, „wo sie in den völkerrechtlich geschützten Bereich eines anderen Staates eingreift“.²¹ Grundlage der Staatenimmunität ist daher eine so verstandene Gleichheit im Sinne „souveräner Gleichheit“.

c) Aspekte der Immunität im Allgemeinen

Neben der (einseitigen) Rechtsprechung eines Staates über einen anderen Staat, den die Wirkungen dieser Judikatur treffen, erfasst die Staatenimmunität auch die anderen Aspekte staatlicher Gewalt, die legislative Immunität

¹⁵ Geimer, IZPR, Rn. 556; gegen die Rückführung der Staatenimmunität auf die Gleichheit der Staaten auch Albert, Völkerrechtliche Immunität ausländischer Staaten gegen Gerichtszwang, S. 31 f.; Damian, Staatenimmunität und Gerichtszwang, S. 14 f.; Gmür, Gerichtsbarkeit über fremde Staaten, S. 85 ff.; Malina, Die völkerrechtliche Immunität, S. 43 f.; Schaumann, BerGesVR 8 (1968), 1 (14 f.).

¹⁶ Albert, Völkerrechtliche Immunität ausländischer Staaten gegen Gerichtszwang, S. 31; Gmür, Gerichtsbarkeit über fremde Staaten, S. 86.

¹⁷ Darüber hinaus wird weiter angeführt, die fehlende Gleichheit sei auch schon dann behoben, wenn sich der Forumstaat selbst der Gerichtsbarkeit unterworfen habe, Lauterpacht, 28 BYIL (1951), 220 (229); Malina, Die völkerrechtliche Immunität, S. 43. Dagegen spricht aber, dass es durchaus einen Unterschied macht, ob ein Staat fremden oder eigenen Gerichten unterworfen ist, siehe Appelbaum, Einschränkungen der Staatenimmunität in Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen, S. 58; Heß, Staatenimmunität bei Distanzdelikten, S. 307 f.

¹⁸ Damian, Staatenimmunität und Gerichtszwang, S. 15; Geimer, IZPR, Rn. 556; Malina, Die völkerrechtliche Immunität, S. 43 f. m. w. N.

¹⁹ Vgl. Art. 2 Nr. 1 UN-Charta sowie die „Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen vom 24.10.1970; hierzu auch zu Dohna, Die Grundprinzipien des Völkerrechts, S. 158 ff.; siehe ferner Appelbaum, Einschränkungen der Staatenimmunität in Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen, S. 56; Heß, Staatenimmunität bei Distanzdelikten, S. 307; Stein/von Buttlar, Völkerrecht, Rn. 522.

²⁰ Stein/von Buttlar, Völkerrecht, Rn. 524 f.; vgl. hierzu insgesamt auch Steinenberger, in: EPIL IV, S. 515.

²¹ Schaumann, BerGesVR 8 (1968), 1 (15).

sowie die Exekutionsimmunität bezüglich Zwangsgewalt gegen einen anderen Staat.²²

Unterschieden wird ferner zwischen der Immunitätsgewährung *ratione personae* im Sinne eines persönlichen Vorrechts aufgrund der persönlichen Qualifikation des in Anspruch genommenen Rechtssubjekts und derjenigen *ratione materiae* als sachbezogene Immunität wegen einer Betätigung in Ausübung von Hoheitsgewalt beziehungsweise hinsichtlich bestimmter Vermögensgegenstände auf Vollstreckungsebene.²³

Die Staatenimmunität ist schließlich von der mit ihr in engem Zusammenhang stehenden diplomatischen beziehungsweise konsularischen Immunität zu unterscheiden.²⁴ Hierbei handelt es sich um verschiedene Institute des Völkerrechts mit unterschiedlichen Regeln.²⁵ Die diplomatische Immunität ist insofern als *lex specialis* anzusehen.²⁶ Diese Immunitäten sind angesichts der besonderen Merkmale der Schutzobjekte sowie der divergierenden Schutzzwecke unterschiedlich ausgestaltet.²⁷

2. Rechtsquellen

Als Rechtsquellen des Völkerrechts und damit auch der nach völkerrechtlichen Grundsätzen zu beurteilenden Staatenimmunität kommen nach Art. 38 Abs. 1 lit. a bis c IGH-Statut völkerrechtliche Verträge zwischen den Staaten, das Gewohnheitsrecht sowie die allgemeinen Rechtsgrundsätze in Betracht. Die in Art. 38 Abs. 1 lit. d IGH-Statut genannten Gerichtsentscheidungen und Lehrmeinungen „der fähigsten Völkerrechtler“ sind keine echten Völkerrechtsquellen, sondern lediglich Rechtserkenntnisquellen und somit Hilfsmittel zur Ermittlung von Rechtsnormen.²⁸

Die völkerrechtliche Staatenimmunität gilt heute generell aufgrund ungeschriebenen Völkergewohnheitsrechts. Zwar besteht auf regionaler Ebene mit dem Europäischen Übereinkommen über Staatenimmunität vom 16.05.1972 ein völkerrechtlicher Vertrag, der in Deutschland durch das Zustimmungsgesetz vom 22.01.1990 zu innerstaatlichem Recht wurde.²⁹ Diesem Übereinkommen sind aber bisher nur sieben weitere Staaten beigetreten. Die UN-Konvention zur

²² von Hoffmann/Thorn, Internationales Privatrecht, S. 69.

²³ Dahm/Delbrück/Wolfrum, Völkerrecht I/1, S. 453; siehe dazu auch Weller, RPfeger 2006, 364 (365 ff.). Zur Entwicklung der Anknüpfung der Immunität *ratione personae* und *ratione materiae* im Zuge des Aufkommens der restriktiven Staatenimmunität siehe Geimer, IZPR, Rn. 478; Wefelscheid, Vollstreckungsimmunität fremder Staaten, S. 34 ff.

²⁴ Siehe auch Herdegen, Völkerrecht, § 37 Rn. 3.

²⁵ BVerfG, Beschl. v. 06.12.2006 – 2 BvM 9/03, BVerfGE 117, 141, 151.

²⁶ BVerfG, Beschl. v. 06.12.2006 – 2 BvM 9/03, BVerfGE 117, 141, 152.

²⁷ Ausführlich hierzu Doebring, Völkerrecht, Rn. 657.

²⁸ Herdegen, Völkerrecht, § 14 Rn. 2; Stein/von Buttlar, Völkerrecht, Rn. 24.

²⁹ BGBl. 1990 II Nr. 3, S. 34.

Sachregister

- absolute Staatenimmunität 17, 22
Act of State-Doktrin 31 f., 79 ff.
acta iure gestionis 23
acta iure imperii 23, 30
actor sequitur forum rei 101
allgemeiner Gerichtsstand 101 f.
Altmann(-Fall) 18, 68, 74, 79, 84, 86,
87, 92
Anerkennungserfordernis 210 f.
Anrufung des Gerichts 139
anti-suit injunctions 183
Antragsfordernis 206, 224 f.
Antragsverfahren 221 ff.
Ausstellung 161
Ausstellungsort 114, 150 f., 153
automatische Unterschutzstellung 204
- Belegenheitsort 114, 123, 126 f., 134,
136, 139, 140, 144, 151
Belvedere 3, 69, 232
Belvedere-Fall 244, 245, 248, 252, 255
besondere Gerichtsstände in den
Art. 7 Nr. 2 EuGVO 102 ff.
besonderer Gerichtsstand des § 23 ZPO
152
Beutekunst 2, 160, 260
Bibliothek 2, 56, 82, 129, 137
bilaterale Abkommen 187, 228, 252
bilaterale Übereinkommen 4, 187
Blockbuster-Ausstellungen 54, 162
Botschafter guten Willens 53, 154, 229
Bücher 68, 74, 79, 82, 87, 130, 137
- CAHDI 245, 247
Cassirer-Fall 68, 70, 74, 75, 76, 94
Centre Pompidou 60, 234
Chabad 1 f., 68, 69, 74, 75, 79, 81, 82,
85, 87
Charta der Vereinten Nationen 8
- comity* 92 ff.
commercial activity exception 64 ff.
Committee of Legal Advisers on Public
International Law 245
consuetudo 15
- Danish Cultural Institute* 240
Dauerleihgabe 160, 237, 264
De Csepel v. Republic of Hungary 70 f.,
76, 92
Deliktgerichtsstand 103 ff.
Distomo-Fall 257
Drittstaaten 122, 133 f., 151 ff., 187
Due Process 93
- Eingriffskondiktion 107 f., 111 f.
Einspruchsverfahren 208, 212, 223, 224,
225
einstweilige Maßnahmen 150 ff.
einstweilige Verfügung 151
einstweiliger Rechtsschutz 24, 150 f.
Eintragung 164, 168, 189, 206
Eintragungsausnahme 158
Erfolgsort 103, 114 ff.
Erkenntnisverfahren 11 f., 15, 19, 20, 24,
50 ff., 167, 213 ff.
Ermessen 165, 172, 188, 206, 209,
223 f.
EuGVO 29, 98 ff., 181 ff.
Europäische Kulturagenda 180, 193
Europäisches Übereinkommen über
Staatenimmunität (EuStIÜ) 11 f., 37,
46 f., 49
Europarat 12, 173, 245
Exekutive 18, 243, 244, 250
expropriation exception 66 ff.
- facultas iurisdictionis* 7
Feststellungsklage 135, 141 f., 153, 167

- Foreign Cultural Exchange Jurisdictional Immunity Clarification Act (FCEJICA) 67, 77 f., 241 f.
- Forschung 170, 188, 224 f.
- Forschungszwecke 161, 203, 224 f., 235
- forum non conveniens* 85 ff., 183 f.
- forum shopping* 125 f., 140 f., 144
- Freies Geleit 153 ff., 227
- Fremdenverkehrsamt 55
- FSIA 17 ff., 36, 46, 48, 64 ff.
- Gebietskörperschaften, nachgeordnete 34 ff.
- Gemeinden 34 ff.
- Gerichtsbarkeit 7
- Gleichheit (der Staaten) 8 f.
- Gliedstaaten 34 ff.
- Grabplatten 60, 239
- griechische Staatsanleihen 61 f.
- Handlungsort 103, 114
- Hinterlegung 119 f., 121, 153
- Höchstdauer 160 f., 213, 225
- hoheitliche Natur 52 ff.
- hoheitlicher Zweck 28, 228 ff.
- Immunitätsgewährung
– *ratione materiae* 10, 39, 44, 47, 48, 50
– *ratione personae* 10, 39, 44
- Immunity from Seizure Act (IFSA) 72 f., 76 f., 95, 198, 201, 214 f.
- Institut de Droit International 22
- International Law Association 22
- International Law Commission (ILC) 13 f., 235 f., 250
- internationale *comity* 92 ff.
- internationale Zuständigkeit 7 f., 96 ff.
- internationaler Leihverkehr 52 ff., 98, 158, 175, 179 f., 187, 245, 252, 255, 264
- jus cogens*-Normen 31, 258 f.
- jus cogens*-Verletzung 83
- Justizgewährungsanspruch 166, 169 ff.
- Konowaloff* 93
- Konvention vom 09. 12. 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes 71
- Kultur- und Forschungseinrichtungen 231
- Kultureinrichtung 240, 247
- Kulturgut (Begriff) 127 ff., 144, 158 f., 263 ff.
- Kulturgüterückgabegerichtlinie 129 ff., 179, 184
- Kulturgutschutzgesetz 157 f.
- Kulturhoheit der Länder 34
- Kulturverträglichkeitsklausel 179 f.
- Lageort 116, 118, 120, 121, 122 ff., 136 ff., 144 ff.
- Leihe 52 ff., 162, 202
- letters of comfort* 242, 250
- lex causae* 27, 105
- lex fori* 26 f., 60, 101, 104, 105
- lex furti* 146
- lex originis* 145
- libysche Kunstgegenstände 230
- Liechtenstein*-Fall 155 f., 171
- Limbach-Kommission 93
- Louvre Abu Dhabi 252
- Malewicz v. City of Amsterdam* 66, 70, 72, 73, 76, 83, 85, 95, 214, 244 f.
- Menschenrechtsverletzungen 30, 94, 257, 260, 261
- Missbrauchsgefahr 140 ff.
- Mobilität von Kunstsammlungen 180 f., 193
- Museen 33 ff., 40 f.
– öffentliche 33, 50
– staatliche 33
- Museum Thyssen-Bornemisza 68
- nachträgliche Erteilung 164 f.
- National Iranian Oil Company*-Fall 44
- nationales Kulturgut 129 ff., 145, 157
- Natur der Handlung 24 ff.
- negative Feststellungsklage 141 f.
- Noga 243, 254
- Notzuständigkeit 122, 172
- NS-Raubkunst 70, 81, 215
- NS-Zwangsarbeiterfälle 89 f.
- Oktoberrevolution 57
- opinio juris sive necessitatis* 15, 238, 249

- par in parem non habet iurisdictionem* 8, 39, 43
- perpetuatio fori* 119, 139
- persische Antiken 235
- personal jurisdiction* 19, 93
- Political Question*-Doktrin 88 ff.
- Portrait of Wally* 81, 90 f.
- praktische Wirksamkeit 104, 119, 182
- Provenienzklärung 207, 222 f.
- Quasi-Universalität 17
- Recht auf ein faires Verfahren 173
- Rechtsüberzeugung 15 f., 246 ff.
- rechtsverbindliche Rückgabebzusage 153 ff., 227
- relative Immunität 22 f.
- res in transitu* 125, 136 f.
- Restaurierung 161 f., 166, 170, 203, 224 f., 234
- restriktive Immunität 18 f., 20 f.
- richtlinienkonforme Auslegung 176 f.
- richtlinienkonforme Rechtsfortbildung 177 f.
- richtlinienkonforme teleologische Reduktion 177 ff.
- Rom I-Verordnung 105, 110
- Rom II-Verordnung 105, 110 f.
- Rubin v. The Islamic Republic of Iran* 234 f.
- Rückkehrklausel 158, 187 f.
- Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur 44, 231, 239 f.
- Sachgesamtheit 125, 137 ff., 158
- Sachimmunität 265 f.
- Schadensersatzansprüche 112 f.
- Schiele*-Fall 207, 217
- Schtschukin*-Fall 60, 234
- schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen 30 f., 257 ff.
- schwerwiegende Verletzungen zwingender Normen des Völkerrechts 256 ff.
- Second Hickenlooper Amendment 82 f.
- souveräne Gleichheit 9
- Souveränität 9
- Staatenpraxis 13 f., 16, 47, 233, 238 ff.
- Staatsunternehmen 40 ff.
- State Department 18, 72, 201, 214, 244
- State Immunity Act 1978 (SIA 1978) 20 f., 30, 37, 46 ff.
- Stedelijk Museum 66
- Strafverfahren 167, 212, 217 ff., 249, 266
- Streitgegenstand 59 f.
- Streitgenossenschaft 116 ff.
- Streitverkündung 120 f.
- subject matter jurisdiction* 19
- syrische Kunstgegenstände 3, 55, 230, 239
- Tate Letter 18
- tort exception* 30
- Ubiquitätsprinzip 114
- Übereinkommen von Lugano mit Norwegen, Island und der Schweiz (LugÜ) 98
- Übung 15 f., 233, 238, 246, 251 ff.
- UN-Generalversammlung 13 ff.
- UN-Konvention von 2004 13 ff., 25, 30, 38, 47, 49, 232 f., 234 ff., 241, 244, 245, 246 f., 250, 253, 258, 264, 267
- unerlaubte Handlung 105 ff.
- UNESCO-Empfehlung über den internationalen Austausch von Kulturgut vom 26. 11. 1976 53
- UNESCO-Empfehlung zum Schutz von beweglichem Kulturgut vom 28. 11. 1978 53 f.
- UNESCO-Übereinkommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters vom 22. 11. 1950 4, 170
- UNESCO-Übereinkommen von 1970 132, 143, 184 ff., 262
- ungerechtfertigte Bereicherung 107 ff.
- UNIDROIT-Konvention von 1995 143, 147 ff., 186, 220, 262
- Unpfändbarkeit 180 f., 193 ff., 213 ff.
- Vatican Bank*-Fall 90
- venue* 19, 93
- Verfahrenshindernis 29

- Verlängerung 164 f., 210, 221, 225
Verzicht 30 f.
Villa Vigoni 232
Vindikationsansprüche 106 f., 116, 118,
135, 150, 151
Völkergewohnheitsrecht 15 ff., 238 ff.
völkerrechtliche Rückgabeverpflichtung
184 ff., 261 ff.
Völkerrechtsfähigkeit 36
Völkerrechtssubjektivität 35 ff., 39
Vollstreckungsmaßnahmen 12, 15, 20 f.,
154, 169 f., 174, 195, 197, 227, 232,
241, 243, 245, 254
von Saher-Fall 82, 93
Vorfragen 59
Wanderausstellungen 136, 164
Welfenschatz 71, 93
Weltraumaktivitäten 251
zwingende Normen des Völkerrechts
256 ff.